

Kontrollamt prüft Kremser Mietpreisentwicklung: Mieter im Fokus

Das Kontrollamt Krems prüft die Mietpreisentwicklung und Betriebskosten der GEDESAG. Bürgermeister Molnar und die Stadtführung setzen auf Transparenz und Entlastung für Mieter:innen.

Die Stadt Krems steht wegen der stark angestiegenen Mietpreise und Betriebskosten für die Mieter der Gemeinnützigen Donau-Ennstaler Siedlungs-Aktiengesellschaft (GEDESAG) unter Druck. Bürgermeister Peter Molnar und die 1. Vizebürgermeisterin Eva Hollerer haben bereits Schritte eingeleitet, um die Hintergründe dieser Entwicklungen zu klären. Im Rahmen eines „Mietpreisgipfels“ haben die Vorstände der GEDESAG den Gemeinderatsfraktionen Rede und Antwort gestanden und wichtige Aspekte der Mietpreisentwicklung erörtert.

Die stark steigenden Energiekosten sowie die allgemeine Erhöhung der Lebenshaltungskosten stellen erhebliche Herausforderungen für die Mieter dar. Die Stadtführung betonte, dass diese prekären wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht nur die Kremser Mieten beeinflussen, sondern ein landesweites Phänomen sind, das alle gemeinnützigen Wohnbauträger betrifft.

Erhöhungen von Miet- und Betriebskosten

Angesichts der Sorgen der Bürger hat die Stadt Krems beschlossen, das Kontrollamt einzusetzen, um die Geschäftsgebarung der GEDESAG eingehend zu überprüfen.

Dies umfasst die Überprüfung der Mietpreise und Betriebskostenabrechnungen.

Bürgermeister Molnar erklärte: „In mehreren Sprechstunden mit betroffenen Bürger:innen und im Austausch mit den Vorständen konnten viele offene Fragen beantwortet werden.“ Dabei wurde betont, dass die drastisch angestiegenen Energiekosten und eine hohe Inflation einen direkten Einfluss auf die Mietpreise gehabt haben.

Das Kontrollamt soll festlegen, ob die angepassten Mieten den gesetzlichen Vorgaben für gemeinnützige Wohnbaugesellschaften entsprechen. Dies ist besonders wichtig, da viele Mietwohnungen in Krems von den kürzlich erfolgten Erhöhungen betroffen sind. Die Stadt Krems verwaltet insgesamt etwa 14.000 Wohneinheiten, wovon rund 3.600 im Stadtgebiet selbst liegen.

Unabhängige Prüfung gefordert

Am 23. Oktober wird Molnar einen Antrag im Gemeinderat einbringen, um die Entscheidung über die Prüfung durch das Kontrollamt herbeizuführen. Ziel ist es, Transparenz und Aufklärung bezüglich der aktuellen Mietpreise und Betriebskosten zu schaffen. Insbesondere sollen auch die Verzögerungen bei Fördermitteln für den gemeinnützigen Wohnbau thematisiert werden, die die Situation der Mieter weiter belasten.

Finanzstadtrat Helmut Mayer wandte sich gegen unsachliche Vorwürfe populistischer Gruppen, die versuchten, die Situation der GEDESAG politisch auszuschlachten. Er erklärte: „Die Berechnung der Mieten und Betriebskosten soll jetzt vom Kontrollamt genauestens unter die Lupe genommen werden.“

Die anstehenden Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB), haben die Hoffnung geweckt, dass die Mieten ab Januar wieder sinken können. Bürgermeister Molnar spricht von einer

positiven Entwicklung, die Mieter endlich spürbare Erleichterungen im Geldbeutel bringen sollte.

Für weitere Informationen und Details zu dieser Thematik, **siehe den Bericht auf www.meinbezirk.at**.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at